



# Drohende Turbulenzen

**Tarifrunde 2019.** „Friede, Freude, Einigung“ lautete das Motto der Tarifverhandlungen im Jahr 2017. Doch schon in der Tarifrunde 2018 war die Kampfeslust wieder da und auch 2019 drohen Turbulenzen – insbesondere im Flugverkehr. Was Gewerkschaften und Arbeitgeber der verhandelnden Branchen derzeit noch bewegt, erläutert IW-Tarifexperte Hagen Lesch im Interview.

—> [Seiten 2-4](#)

## Weiterbildung

Auch und gerade Akademiker müssen sich weiterbilden. An Hoch- und Fachhochschulen tun sie das aber eher selten – denn die stecken in einem Finanzierungsdilemma.

—> [Seiten 6-7](#)

## Textil- und Modeindustrie

Die deutschen Textilhersteller fertigen neben modischer Bekleidung immer mehr innovative Produkte – und beliefern damit auch andere Branchen.

—> [Seiten 10-11](#)

# Konflikte an Bord

**Tarifrunde 2019.** Im vergangenen Jahr waren die Tarifverhandlungen überdurchschnittlich konfliktintensiv und es traf – wieder einmal – den Verkehrssektor besonders hart. Auch in diesem Jahr steht der Passagierflugbetrieb im Fokus.

Endlich steht die Tarifeinigung für das Sicherheitspersonal der Flughäfen. Ist also der Urlaub 2019 gerettet? Mitnichten. Schließlich ist die Security nicht die einzige Berufsgruppe, die den Luftverkehr lahmlegen kann – frei nach dem Motto: „Alle Flieger stehen still, wenn eine der vielen Gewerkschaften es will.“ In den kommenden Monaten droht gleich ein ganzer Reigen neuen Ungemachs. Dabei war schon das Tarifjahr 2018 nicht ohne (Grafik):

**Die Tarifverhandlungen in Deutschland verliefen 2018 mit durchschnittlich 9,9 Punkten auf dem IW-Konfliktbarometer fast dreimal so konfliktreich wie jene im Jahr 2017 mit 3,5 Punkten.**

Besonders viel hat dazu der Verkehrssektor beigetragen – und hier stach der Luftverkehr die ebenfalls streikfreudigen Eisenbahner diesmal klar aus.

Gebeutel war 2018 vor allem Ryanair. Bei der irischen Billigfluglinie ging es darum, erstmals Tarifverträge für das Personal in Deutschland zu entwickeln, und zwar gleich für mehrere Berufsgruppen und mit mehreren Gewerkschaften: Auf den Jahresspitzenwert von 53 Konfliktpunkten brachte es das Tauziehen zwischen Ryanair und der Vereinigung Cockpit. Die Pilotenvertreter hatten die Verhandlungen zwischenzeitlich für gescheitert erklärt, eine Urabstimmung durchgeführt und

zum unbefristeten Streik aufgerufen. Geeinigt hat man sich schließlich darauf, bis Ende März 2019 insgesamt vier Tarifverträge abzuschließen. Eines der Kernelemente ist der Umbau der Vergütungsstruktur: Die variablen Anteile werden reduziert und das Grundgehalt aufgestockt.

Doch auch die doppelten Verhandlungen für die Flugbegleiter mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Unabhängigen Flugbegleiter Organisation UFO verliefen zäh. Während ver.di

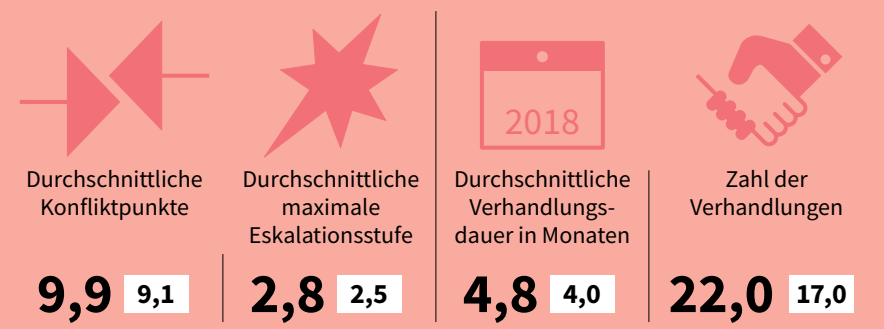
inzwischen mit Ryanair übereingekommen ist, harren die Gespräche der Iren mit UFO noch einer Lösung.

Geprägt hat das zweite Tarifhalbjahr 2018 neben der arbeitgeber- und arbeitnehmerseitigen Pionierarbeit bei Ryanair vor allem Folgendes:

- **Hohe Lohnforderungen:** Sie bewegten sich in den vom IW untersuchten Branchen zwischen 5,5 und 7,5 Prozent.
- **Teils schwierige Verhandlungen:** Während bei der Telekom-Tochter T-Systems der angekündigte Abbau

## Tarifjahr 2018: Die Konfliktbilanz

■ 2018    □ Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2017



**Konfliktpunkte und Eskalationsstufe:** Alle Konfliktbehandlungen während einer Tarifrunde werden in Eskalationsstufen von 0 bis 7 eingeteilt und mit der entsprechenden Punktzahl bewertet: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streik- und Aussperrungsdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikankündigung oder -aufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern der Tarifverhandlungen und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung oder unmittelbarer Streikaufruf, 7 = Streik und Aussperrung. Die Eskalationsstufe gibt an, bis zu welcher Konfliktbehandlung sich eine Tarifrunde zugespitzt hat. Die Konfliktpunkte ergeben sich aus der aufsummierten Punktzahl aller Eskalationsstufen.

Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2017: mit der Anzahl der Verhandlungen gewichtet

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

von 6.000 Stellen die Gespräche belastete, es im November aber nach sieben Verhandlungsrunden doch zu einer Einigung kam, ist diese bei den Druckern und den Reinigungskräften noch nicht in Sicht.

• **Der Stillstand der Bahn:** Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) demonstrierte am 10. Dezember 2018 eindrucksvoll, wie sich mit einem vierstündigen Warnstreik ein ganzes Land lahmlegen lässt. Die anschließende Einigung auf eine zweistufige Erhöhung der Löhne um insgesamt 6,1 Prozent über zwei Jahre kommt die Bahn zwar teuer, hat aber den Vorteil, dass sie auch von der Lokführergewerkschaft GDL angenommen wurde und weitere Ausstände abwendete.

Das Tarifjahr 2019 macht da weiter, wo 2018 aufgehört hat (Grafik): mit abgehobenen Lohnforderungen und Fliegern, die bald wieder am Boden bleiben könnten. Denn nicht nur Drucker und Reinigungskräfte haben ihren Konflikt über den Jahreswechsel mitgeschleppt, sondern auch die Flugbegleiter von Eurowings und Ryanair.

Die Lufthansa-Tochter immerhin konnte ihren über 15 Runden gehenden Schlagabtausch mit ver.di über den Manteltarif des Kabinenpersonals Ende Januar beilegen. Vereinbart wurden unter anderem eine Begrenzung der Dienstzeit auf 55 Stunden binnen sieben Tagen, bezahlte Krankheitstage und nach 12 Stunden Flugdienstzeit eine Pause von mindestens 14 Stunden. Eurowings hofft, dass sich auch die Spartengewerkschaft UFO mit dem Verhandlungsergebnis einverstanden erklärt. Die Airline hat dann aber trotzdem kaum Verschnaufpause, denn schon Ende März geht es mit ver.di in eine neue Lohnrunde für die Flugbegleiter.

UFO dagegen hält nicht nur Ryanair weiter auf Trab, sondern bald auch wieder die Deutsche Lufthansa,

## Laufende Tarifverhandlungen 2019: Die Forderungen

Branche/ Unternehmen	Gewerkschaft	Bisherige Verhandlungs- runden	Zentrale Forderungen
Druck- industrie	ver.di	5	Gewerkschaft: <b>5 Prozent mehr Entgelt</b> ; Arbeitgeber: Reform des Manteltarifvertrags
Gebäude- reinigung	IG BAU	4	Reform des Rahmentarifvertrags; Anpassung der Lohngruppen und tarifliches Weihnachtsgeld; Arbeitgeber: Reform des Manteltarifvertrags
Ryanair (Kabinen- personal)	UFO	3	Abschluss eines Tarifvertrags
Textil- und Bekleidungs- industrie (West)	IG Metall	2	<b>5,5 Prozent mehr Entgelt</b> und neuer Tarifvertrag zur Altersteilzeit; Option für Beschäftigte, Einkommenserhöhungen in freie Tage umzuwandeln
Krankenhäuser (Klinikärzte)	Marburger Bund	1	<b>5 Prozent mehr Entgelt</b> und bessere Arbeitszeitregelungen
Öffentlicher Dienst (Länder)	ver.di, GEW, dbb	1	<b>6 Prozent mehr Entgelt</b> , mindestens aber 200 Euro sowie strukturelle Verbesserungen bei der Eingruppierung
Eisen- und Stahlindustrie (Nordrhein und Ost)	IG Metall	2	<b>6 Prozent mehr Entgelt</b> und Einführung eines tarifdynamischen Urlaubsgelds von zunächst 1.800 Euro
Privates Bankgewerbe	ver.di	0	<b>6 Prozent mehr Entgelt</b> und sechs Gesundheits- und Entlastungstage

Krankenhäuser, Eisen- und Stahlindustrie, öffentlicher Dienst: Verhandlungsbeginn im Januar 2019, privates Bankgewerbe: Verhandlungsbeginn im Februar 2019; UFO: Unabhängige Flugbegleiter Organisation; GEW: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; dbb: dbb beamtenbund und tarifunion; Stand: 31.1.2019

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

**iwd**

deren Tarifvertrag mit dem Kabinenpersonal am 30. Juni endet. Bereits in den Sommerferien könnten Flugausfälle drohen.

Zudem geht es 2019 in einigen Branchen um viel Geld. Ob es die IG Metall in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Eisen- und Stahlindustrie ist, der Marburger Bund für die Klinikärzte oder ver.di für den öffentlichen Dienst und das private Bankgewerbe: Unter einer Lohnforderung von 5 Prozent ist keine Arbeitnehmervertretung in die Tarifrunde 2019 eingestiegen – und

das, obwohl sich der Aufschwung am Arbeitsmarkt nicht mehr ungebremst fortsetzen dürfte (siehe iwd 3/2019).

Weitere größere Branchen, in denen 2019 Tarifverhandlungen anstehen, sind der Einzelhandel, der Groß- und Außenhandel, das Kfz-Gewerbe, die Chemie und zum Jahresabschluss die Zeitarbeit mit ihren fast eine Million Beschäftigten.

### IW-Report 5/2019

Hagen Lesch, Christian Kestermann:  
Tarifpolitischer Bericht – 2. Halbjahr 2018  
[iwkoeln.de/tarifbericht\\_2\\_2018](http://iwkoeln.de/tarifbericht_2_2018)

# „Eine Diskussion über den Wert von Arbeit ist sinnvoll“

**Interview.** Das Jahr startete mit den ersten Streiks und dem Tarifabschluss für die Beschäftigten des Sicherheitspersonals an deutschen Flughäfen. Der iwd sprach mit **Hagen Lesch**, Leiter des Kompetenzfelds Tarifpolitik und Arbeitsbeziehungen im Institut der deutschen Wirtschaft, darüber, was Deutschland von diesem Tarifjahr erwarten darf, inwiefern sich die Forderungen der Gewerkschaften verändert haben und was dies für deutsche Unternehmen bedeutet.

**Als Erste durften die Mitglieder der Gewerkschaft EVG durch den jüngsten Tarifabschluss zwischen mehr Geld und mehr Freizeit wählen. Andere Tarifabschlüsse mit einem Wahlrecht folgten, zum Beispiel in der M+E-Industrie. Erleben wir eine Verschiebung der Prioritäten?**

Ja, es gibt immer mehr Tarifverträge mit einer Option, bei der die Beschäftigten auf Lohnerhöhungen verzichten können und dafür mehr Freizeit erhalten.

Diese neue Form der Tarifabschlüsse hat aber auch ihre Tücken. Denn es geht letztlich um die Umverteilung von Arbeit – wenn die einen weniger arbeiten wollen, bleibt für die anderen erst mal mehr zu tun.

Da müssen die Firmen also passende Lösungen finden, die allen Mitarbeitern gerecht werden – schließlich ist die Arbeit in vielen Branchen schon stark verdichtet und die Produktivität lässt sich nicht beliebig steigern, gleichzeitig soll die Qualität nicht leiden.

**Im öffentlichen Dienst laufen aktuell Tarifverhandlungen. Wie weit sind die Positionen der beiden Seiten derzeit voneinander entfernt?**

Es geht diesmal um die Verhandlungen auf Länderebene, da kommt es immer wieder zu Streiks. Beide Seiten liegen ziemlich weit auseinander. Es geht nämlich nicht nur um die Lohnhöhe, sondern dieses Mal – wie jüngst auch bei den Kommunen – um die Neubewertung und Neugruppierung der Tätigkeiten. Das bietet natürlich massig Stoff für Diskussionen.

**Bei den Streiks des Flughafensicherheitspersonals wurde in der Öffentlichkeit auch die Frage breit diskutiert, wie gerecht es ist, dass an- und ungelern-tes Personal mehr verdienen soll als Pflegefachkräfte oder Erzieher. Sind solche Diskussionen sinnvoll?**



Foto: IW Medien

Eine Diskussion über den Wert von Arbeit ist immer sinnvoll, aber durch eine subjektive Sichtweise geprägt. Natürlich ist es gerechtfertigt, die Frage zu stellen, warum solche einfachen Tätigkeiten so viel Gehalt rechtfertigen. Aber man darf der Gewerkschaft nicht vorwerfen, dass sie für ihre Mitglieder mehr Gehalt fordert. Und was man nicht vergessen darf: Das Sicherheitspersonal ist gut organisiert und hat wenig Hemmungen zu streiken. Lkw-Fahrer werden zwar auch gesucht. Weil sie aber nicht organisiert sind, sind sie nicht besonders durchsetzungsstark.

In der Pflege ist der Organisationsgrad wiederum hoch, aber die Gewerkschaftsmitglieder sind – aus verständlichen Gründen – wenig gewillt, intensiver zu streiken. Viele Pflegekräfte kommen außerdem aus dem Ausland, wo sie viel weniger verdienen würden als hier und dadurch eher zufrieden mit ihrem Gehalt sind.

**Gefühlt fehlen in fast jeder Branche Mitarbeiter. Inwiefern können höhere Gehälter da überhaupt noch helfen?**

Hohe Preise sind immer ein Knappheitssignal. Aber höhere Löhne können das Problem kaum lösen, wenn in allen Branchen die Fachkräfte knapp sind – letztlich führen allgemein höhere Löhne auch zu höheren Preisen. Die Inflation frisst einen Teil der Lohnerhöhung also wieder auf.

Aber wir haben noch zwei Trümpfe in der Hand: Zum einen gibt es noch immer die „Stille Reserve“, also Leute, die arbeiten könnten, denen aber noch der Anreiz fehlt, es wirklich zu tun. Sie könnten durch höhere Löhne motiviert werden. Zum anderen sind wir ja keine geschlossene Volkswirtschaft, sondern ein offenes Land, das Fachleute aus dem Ausland anzieht.



# Revolutionäre Steuerpläne

**Europäische Union.** Die EU will multinationale Unternehmen künftig anhand einer einheitlichen Bemessungsgrundlage besteuern. Ausschlaggebend für die Steuerzahlungen der Konzerne in den einzelnen Ländern wären dann Umsatz, Mitarbeiterzahl und Kapitaleinsatz vor Ort. Vor allem für bisherige Steueroasen hätte das erhebliche Konsequenzen.

GKKB – Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage: Dieser sperrige Begriff ist der Kern des Plans, mit dem die EU-Kommission das internationale Steuersystem revolutionieren will.

Bisher wird der Gewinn der einzelnen Gesellschaften innerhalb eines Konzerns auf der Basis von Preisen ermittelt, die bei der internen Verrechnung von Waren und Dienstleistungen angesetzt werden. Dabei gelten zum Beispiel aus der Forschungsarbeit hervorgegangene Patente als entscheidend für den Geschäftserfolg, während die Produktion oder der Vertrieb als weniger gewinnrelevant bewertet werden. Dies erklärt, warum Unternehmen in manchen Ländern nur wenig Steuern zahlen müssen, obwohl sie dort hohe Umsätze erzielen.

Das will die EU-Kommission mit der GKKB ändern: Künftig soll der Gesamtgewinn eines Konzerns anhand der Kriterien Umsatz, Mitarbeiterzahl und investiertes Kapital auf die einzelnen Staaten verteilt werden.

Die Auswirkungen auf die nationalen Steueraufkommen wären immens – vor allem kleinere Länder, die multinationale Unternehmen derzeit durch Steueranreize anziehen, müssten Einbußen hinnehmen, weil die Steuerbasis schrumpft. Ein Beispiel (Grafik):

**In Irland würden die EU-Pläne die jährlich zu versteuernden Konzerngewinne um schätzungsweise 150 Milliarden Dollar reduzieren – das wären 86 Prozent aller dort versteuerten Unternehmensgewinne.**

Gewinner wären vor allem große Volkswirtschaften wie Frankreich und Italien, da die Konzerne dort viel Umsatz erzielen und wichtige Produktionsstandorte haben.

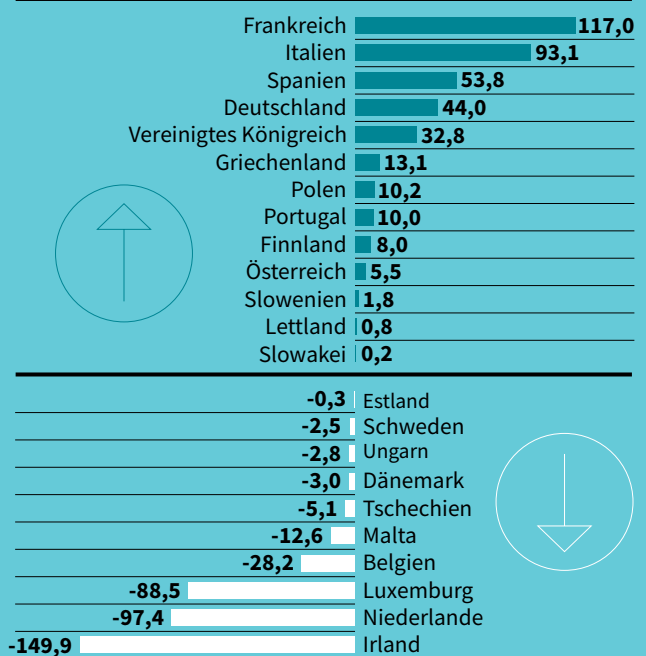
Deutschland würde ebenfalls profitieren – allerdings in geringerem Maße. Ein Grund dafür ist, dass die vielen Konzerne mit Sitz in der Bundesrepublik schon heute einen Großteil ihrer Gewinne hier versteuern.

Die GKKB würde die Karten im Spiel um die Steuereinkünfte also kräftig durchmischen – deshalb ist nicht

## Unternehmensteuern: EU plant große Umverteilung

Die geplante Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) sieht vor, dass der gesamte zu versteuernde Gewinn eines multinationalen Konzerns in der EU nicht mehr anhand von konzerninternen Verrechnungspreisen, sondern nach den Kriterien Umsatz, Mitarbeiterzahl und investiertes Kapital auf die einzelnen Länder verteilt wird.

Um so viele Milliarden Dollar würden sich die zu versteuernden jährlichen Konzerngewinne gegenüber dem Status quo ändern



Angaben geschätzt; Bulgarien, Kroatien, Litauen, Rumänien und Zypern: keine Angaben aufgrund von Datenproblemen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

absehbar, ob und wann sich die EU-Staaten auf dieses Konzept verständigen können.

Da viele Konzerne global agieren, wäre es ohnehin überzeugender, die GKKB weltweit zu etablieren. Würden die G-20-Staaten ein solches System einführen, stünden allerdings sämtliche EU-Länder schlechter da als bisher. Nutznießer wären vor allem die USA, China und Indien.

### IW policy paper 1/2019

Tobias Hentze: The challenge of moving to a Common Consolidated Corporate Tax Base in the EU

[iwkoeln.de/eu\\_tax\\_base](http://iwkoeln.de/eu_tax_base)



# Hochschulen in der Finanzierungsfalle

**Weiterbildung.** Schon lange appelliert die Politik an die Hochschulen, sich neben Forschung und Lehre verstärkt auch der wissenschaftlichen Weiterbildung zu widmen. Da Gebühren im Erststudium verboten sind, im weiterbildenden Studium aber erhoben werden müssen, fehlt jedoch in der Weiterbildung die Nachfrage – und damit auch das Angebot.

Wissenschaftliche Weiterbildung ist seit 1998 gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe der Hochschulen. Die Kultusministerkonferenz definiert sie als Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens auf Hochschulniveau nach Abschluss der ersten Bildungsphase. Das Angebot der Hochschulen in Deutschland fällt bislang aber eher mager aus:

**Lediglich knapp 5 Prozent der insgesamt rund 20.000 Studiengänge sind explizit als weiterbildend angelegt.**

Zwar wird mittlerweile jeder siebte Studiengang in Teilzeit angeboten, aber damit ist lediglich eine formale Verlängerung der Studienzeit gemeint – in Seminaren und Vorlesungen wird Anwesenheit erwartet. Auch wenn man die Erststudiengänge einbezieht, gibt es kaum Möglichkeiten, flexibel neben dem Beruf – also an Wochenenden oder in den Abendstunden – zu studieren (Grafik):

**Nur 12 Prozent der knapp 20.000 Studiengänge in Deutschland sind berufsintegrierend,**

**berufsbegleitend oder als Fernstudium konzipiert.**

Vorreiter in Sachen Flexibilität sind die privaten Fachhochschulen: Zwei Drittel ihrer Studiengänge lassen sich neben dem Beruf absolvieren. Schlusslicht sind die staatlichen Universitäten mit nur 3 Prozent.

Eine Alternative zu einem vollständigen Studium sind Hochschulzertifikate. Sie werden für die Teilnahme an meist mehrmonatigen Kursen zu bestimmten Themen vergeben. In manchen Fällen erhalten die Teilnehmer auch sogenannte Credit Points, die sich auf die Prüfungsanforderungen in einem späteren Studiengang anrechnen lassen. Im Durchschnitt bietet jede Hochschule nach Schätzungen des

Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft 13 solcher Kurse an.

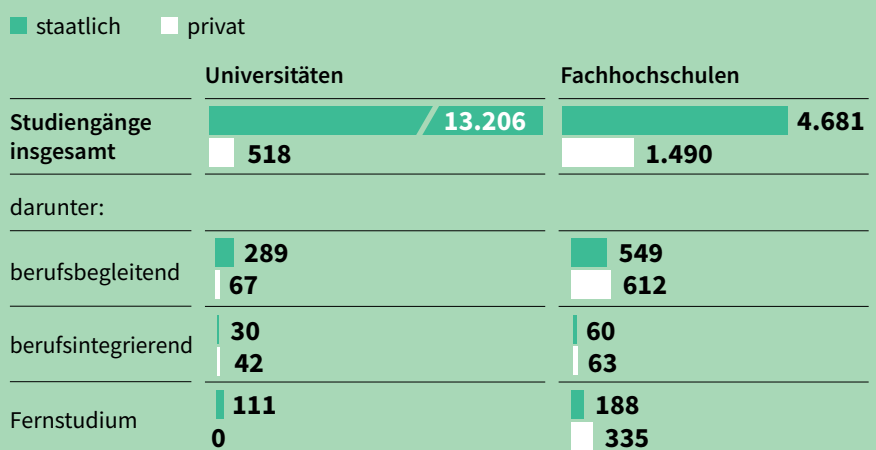
In Zeiten des lebenslangen Lernens ist es für Akademiker unerlässlich, auch nach ihrem Abschluss stets auf dem Laufenden zu sein. Und tatsächlich bilden sich acht von zehn Hochschulabsolventen in ihrem Berufsleben weiter – die Hochschulen spielen dabei aber kaum eine Rolle (Grafik Seite 7):

**Nicht einmal 6 Prozent der berufstätigen Hochschulabsolventen, die sich berufsbezogen weiterbilden, tun dies auf einer Universität oder Fachhochschule.**

Stattdessen greifen gut 45 Prozent der berufstätigen Akademiker für ihre Weiterbildung auf die Angebote von Unternehmen zurück – ins-

## Studium in Deutschland: Wenig flexibel

Zahl der Studiengänge 2019



Universitäten: einschließlich Kunst- und Musikhochschulen; private Universitäten und Fachhochschulen: einschließlich kirchliche Hochschulen; berufsintegrierend: mit inhaltlichem und organisatorischem Bezug zur Berufstätigkeit

Quellen: Hochschulrektorenkonferenz, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2019 IW Medien / iwd

besondere auf die des eigenen Arbeitgebers. Über eigene Angebote hinaus unterstützt jedes dritte Unternehmen seine Mitarbeiter, wenn diese berufsbegleitend studieren oder ein Hochschulzertifikat erwerben möchten:

**Im Jahr 2015 haben die Unternehmen insgesamt 330 Millionen Euro in die akademische Weiterbildung investiert – im Schnitt fast 6.100 Euro für jeden der rund 54.000 studierenden Mitarbeiter.**

Damit die staatlichen Hochschulen auf diesem Markt eine größere Rolle spielen können, müssten sie ihr Angebot erweitern. Doch das ist schwierig, denn sie stecken in einem Finanzierungsdilemma: Nach geltendem Hochschul- und EU-Beihilferecht dürfen weiterbildende Studienangebote nicht aus dem staatlichen Grundbudget finanziert werden, sondern müssen zu Vollkosten angeboten werden – und sind damit gebührenpflichtig. Dagegen sind Gebühren in Bachelorstudiengängen und gleich daran anschließenden Masterstudiengängen hochschulrechtlich nicht erlaubt.

Für die Studenten ist deshalb der Anreiz groß, gleich nach dem Bachelor weiterzustudieren, statt erst einen Beruf zu ergreifen und später ein weiterbildendes Studium zu wählen. Ergo gibt es kaum Nachfrage nach weiterbildenden Studiengängen – und kaum eine Hochschule riskiert, einen Studiengang auf Vollkostenbasis zu entwickeln.

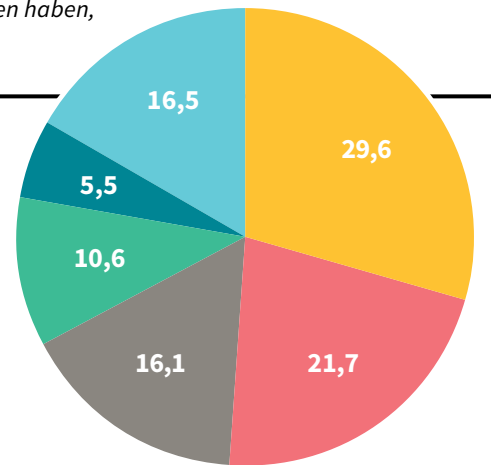
Aus diesem Dilemma führt kein schneller Weg heraus. Der Wissenschaftsrat stellt deshalb drei Finanzierungswege zur Diskussion:

**Erstens** sollen die Hochschulen weiterbildende Studiengänge und Zertifikatskurse weiterhin kostendeckend anbieten und, falls nötig, zumindest die Entwicklungskosten aus ihrem staatlichen Budget finanzieren dürfen.

## Hochschulen: In der Weiterbildung wenig gefragt

So viel Prozent der berufstätigen Hochschulabsolventen, die an einer Weiterbildung teilgenommen haben, wählten folgende Anbieter

- Eigener Arbeitgeber
- Weiterbildungseinrichtung, Volkshochschule, Einzelperson
- Anderes Unternehmen
- Kammern, Fach- und Berufsverbände
- Hochschule
- Andere



Stand: 2012

Quelle: Kamm et al. (2016)  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

**Zweitens** sollen sie in Absprache mit den Landesministerien Studienangebote, für die ein öffentliches Interesse, aber wenig zahlungskräftige Nachfrage besteht, zu reduzierten Gebühren anbieten können. Wenn nötig, sollte das Land dafür finanzielle Mittel bereitstellen.

**Drittens** sollen die Hochschulen für berufsbegleitende Erststudiengänge in kleinem Rahmen Servicegebühren für zusätzliche Beratung und Betreuung erheben dürfen.

Den Anreiz, gleich nach dem Bachelor im kostenlosen Masterstudiengang weiterzustudieren, statt nach einer Phase der Berufserfahrung einen weiterbildenden, kostenpflichtigen Masterstudiengang zu wählen, können diese Empfehlungen jedoch nicht beseitigen.

Deshalb sollten für alle Studiengänge – grundständige wie weiterbildende – Gebühren erhoben werden. Zu Gebühren im Erststudium sagt der Wissenschaftsrat aber explizit Nein. Dabei ergäben sich selbst bei moderaten Studiengebühren von 1.000 Euro pro Jahr über 2,5 Milliarden Euro zusätzliche Mittel.

Damit ließe sich nicht nur zusätzliches Personal fürs Erststudium finanzieren. Vielmehr könnten auch

Gelder in die Weiterbildung fließen, um neue Angebote zu entwickeln oder Preisnachlässe für bestimmte Gruppen zu finanzieren.

Da Weiterbildung die berufliche Position des Einzelnen stärkt und meist zu mehr Einkommen führt, profitiert der Staat von höheren Steuern und Sozialabgaben. Diese fiskalische Rendite rechtfertigt auch die staatliche Förderung der Weiterbildung.

Grundsätzlich sollte sich der Staat dabei auf die Nachfrager konzentrieren. So bestehen bereits steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für eine Fortbildung im aktuellen Beruf – das Gleiche sollte künftig auch für die Weiterbildung in einem gänzlich neuen Beruf gelten. Zudem sollten bei den staatlich subventionierten Bildungsgutscheinen und Bildungskrediten die Altersgrenzen erweitert werden. Sinnvoll wäre auch eine Förderung des Bildungssparens im Rahmen der vermögenswirksamen Leistungen.

### IW-Report 6/2019

Christiane Konegen-Grenier:  
Wissenschaftliche Weiterbildung  
[iwkoeln.de/weiterbildung](http://iwkoeln.de/weiterbildung)

# Das Dinkel-Dilemma

**Biolebensmittel.** Noch nie wurde mit ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln so viel Geld verdient wie heute. Doch der Boom bedroht ausgerechnet einen Teil der Ökopioniere.

Endlich haben es biologische Lebensmittel geschafft: Dinkel-Grünkernbrot und Paprika-Cashew-Aufstrich gehören zum Mainstream. Die Lust auf Bio hat auch den Gesamtumsatz der Branche gesteigert:

**Im Jahr 2018 wurden mit Ökolebensmitteln in Deutschland 10,9 Milliarden Euro umgesetzt – 5,5 Prozent mehr als 2017.**

Diesen Trend wollen sich auch die großen Handelskonzerne nicht länger entgehen lassen. Weil die Nachfrage nach Bioware deutlich stärker steigt als nach herkömmlichen Lebensmitteln, bieten Discounter und Supermärkte zwar schon seit Jahren ein wachsendes Sortiment

ökologischer Lebensmittel an. Doch seit Neuestem greifen sie dabei nicht mehr nur auf Waren mit dem EU-Bio-Siegel zurück, sondern auch auf sogenannte Verbandsware – also auf Lebensmittel, die das Siegel eines der deutschen Bioanbauverbände wie Demeter oder Bioland tragen und die oft nach strengeren Regeln als denen der EU-Ökoverordnung produziert werden.

Weil aber Handelskonzerne Biolebensmittel der Ökoanbauverbände aufgrund ihrer größeren Markt- und Einkaufsmacht günstiger verkaufen können als die kleineren Biofachhändler, könnte es nun zu einer Art Dinkel-Dilemma kommen:

Bio boomt, aber die klassischen Bioläden geraten unter Druck.

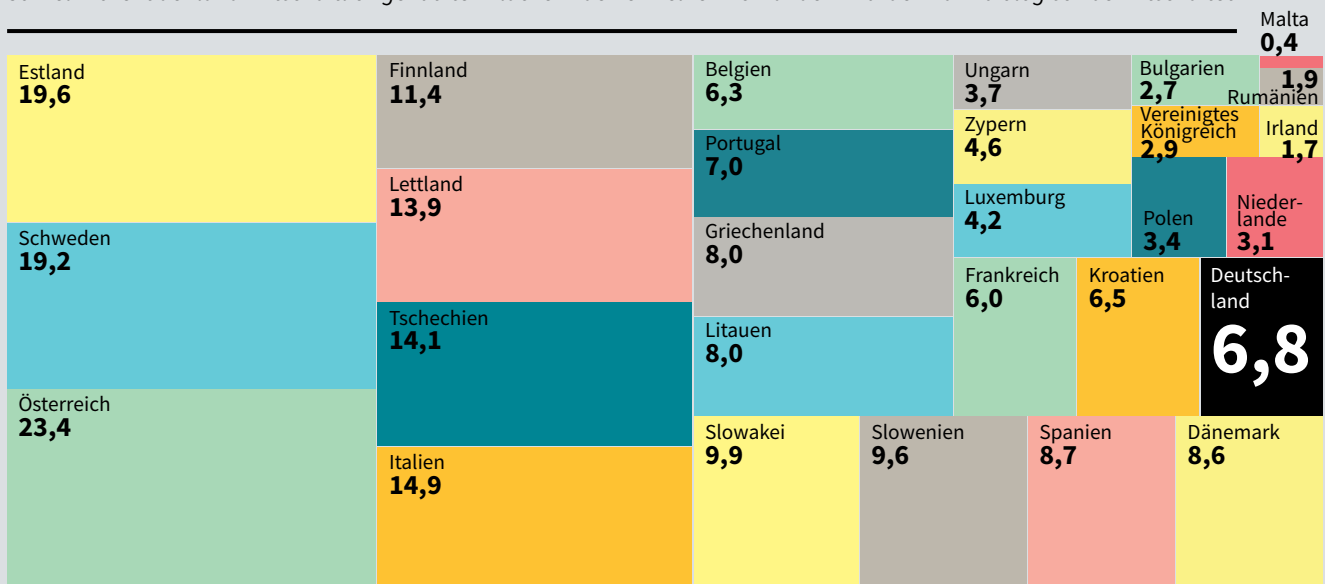
Weil die Nachfrage nach Biolebensmitteln insgesamt wächst, werden auch die Anbauflächen für ökologisch produzierte Nahrungsmittel immer größer (Grafik):

**In Deutschland wurden 2017 knapp 7 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche biologisch bewirtschaftet, 2018 waren es bereits 8 Prozent.**

Die Bundesregierung hat sich allerdings ein noch ehrgeizigeres Ziel gesetzt – laut Koalitionsvertrag sollen im Jahr 2030 sogar 20 Prozent der Landwirtschaftsfläche in Deutschland Bioäcker sein.

## Biologische Landwirtschaft: Die Acker-Spannen

So viel Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in den einzelnen EU-Ländern wurden 2017 biologisch bewirtschaftet



Quelle: Eurostat  
© 2019 IW Medien / iwd



# Ein unbekannter Schatz

**Daten.** Die Bewertung von Daten fristet in deutschen Unternehmen noch immer ein Schattendasein. Die meisten wissen offenbar nicht, wie viel ihre eigenen Daten wert sind.

Daten sind die Währung des 21. Jahrhunderts – doch in den deutschen Betrieben hat davon kaum jemand gehört. Das jedenfalls legen die Antworten jener 1.235 Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleister nahe, die das IW im Frühjahr 2018 gefragt hat, ob sie den Wert ihrer Datensätze bestimmen (Grafik):

**80 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Daten nicht – und drei Viertel haben auch nicht vor, das zu ändern.**

Das knappe Fünftel der Unternehmen, die ihre Daten evaluieren, verfolgt damit verschiedene Ziele: 9 Prozent bewerten ihre Daten für die interne Bilanz, 5 Prozent für den Austausch mit Geschäftspartnern und 5 Prozent führen beide Zwecke an.

Fragt man diese Unternehmen, wie sie denn den Wert ihrer Daten bestimmen, landet das Kostensignal ganz oben auf der Antwortliste:

**Die Hälfte der Unternehmen, die den Wert ihrer Daten bestimmen, tut dies anhand der Kosten der Erhebung, Aufbereitung, Verwertung und/oder Speicherung.**

Jeweils rund 45 Prozent der Firmen bestimmen den Wert ihrer Daten alternativ oder zusätzlich anhand der Qualität und der Aktualität der Daten.

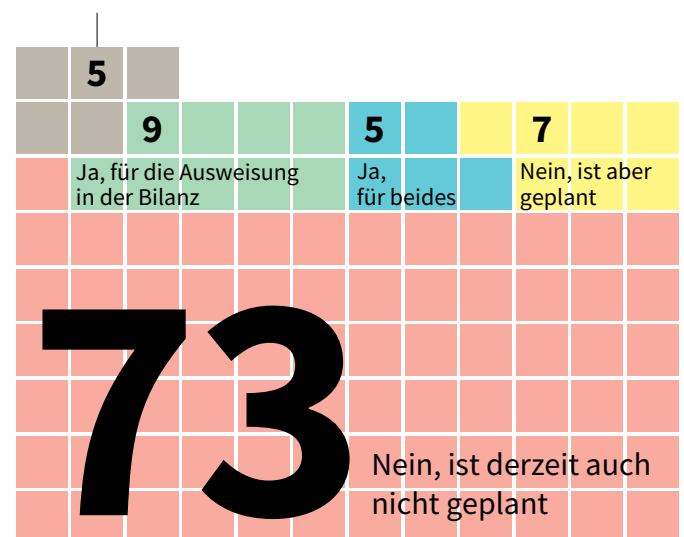
Um die Befragungsergebnisse richtig einschätzen zu können, ist es wichtig zu wissen, welcher Grad an Digitalisierung in den Unternehmen erreicht ist. Von den knapp 1.200 Unternehmen, die dazu Angaben gemacht haben, sind 84 Prozent als nicht digitalisiert einzustufen, das heißt, sie nutzen die Digitalisierung nur stellenweise und unterstützend. Die anderen 16 Prozent gelten als digitalisiert, haben also zum Beispiel Geschäftsmodelle, die auf Datenanalysen oder Algorithmen basieren.

Um die nach wie vor stiefmütterliche Behandlung der Datenbewertung in den Unternehmen zu verbessern, empfiehlt es sich, ihnen Bewertungshilfen zur Verfügung zu stellen. Auch Standards für die Evaluation könnten zu einheitlicheren Ergebnissen und zur besseren Vergleich-

## Daten - die unbekanntes Wesen

Auf die Frage „Bestimmen Sie den Wert der in Ihrem Unternehmen vorhandenen Datensätze?“ antworteten so viel Prozent der Unternehmen in Deutschland mit ...

Ja, für den Austausch der Daten mit Geschäftspartnern



Rest zu 100 Prozent: keine Angaben; Befragung von 1.235 Unternehmen im Frühjahr 2018

Quelle: IW-Zukunftspanel  
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

barkeit von Datensätzen führen – was wiederum den Handel mit ihnen und ihre Handhabung innerhalb eines Unternehmens vereinfachen kann.

Und schließlich könnten auch organisierte Infrastrukturen für Daten dazu beitragen, dass Unternehmen die Potenziale der Digitalisierung stärker nutzen. Ein Beispiel dafür ist die Initiative „Industrial Data Space“ von der Fraunhofer-Gesellschaft: Sie schafft einen sicheren Datenraum, in dem große und kleine Unternehmen aus allen Branchen ihre Daten souverän bewirtschaften können.

### Aus IW-Trends 4/2018

Barbara Engels: Ein unbekannter Schatz – Wie bestimmen Unternehmen in Deutschland den Wert ihrer Daten?

[iwkoeln.de/daten](http://iwkoeln.de/daten)

# Hightech statt Polyester-Pulli

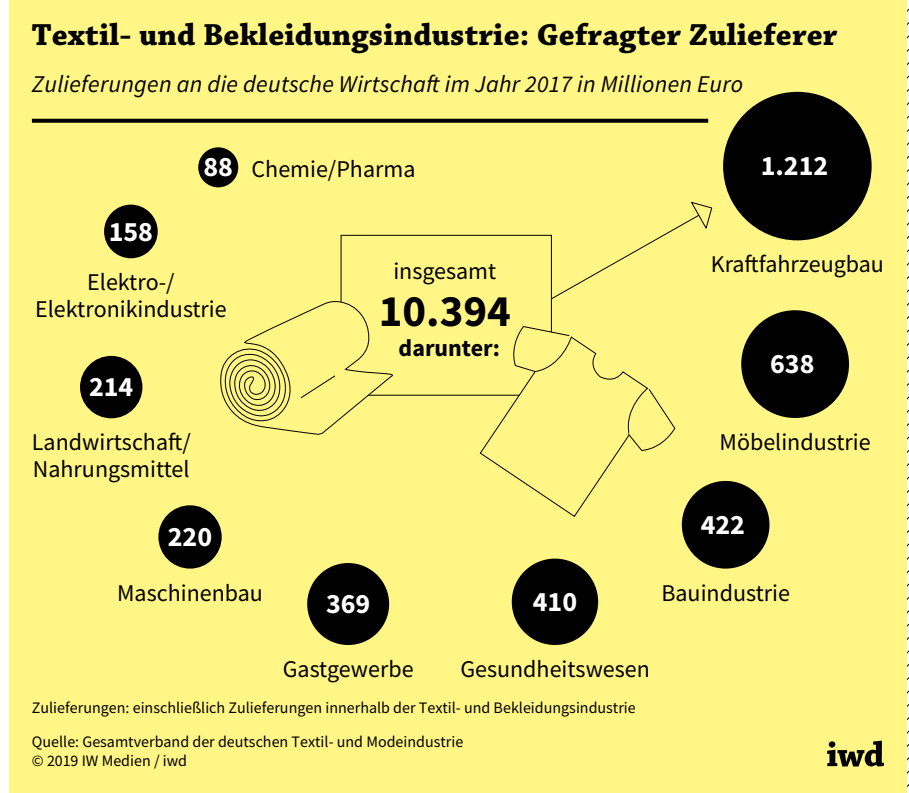
## Textil- und Modeindustrie.

Kleidung macht mittlerweile nur noch gut ein Drittel des Umsatzes der Textil- und Modeindustrie in Deutschland aus. Denn neben der Bekleidungsproduktion der international etablierten deutschen Marken zählen zur Branche viele „Hidden Champions“, die die Weltmärkte mit innovativen Produkten beliefern – damit sind eine ganze Reihe neuer Geschäftsmodelle hinzugekommen.

Beim Stichwort Textilien kommen einem viele Produkte in den Sinn, aber Flugzeuge gehören wohl eher nicht dazu. Doch der A380 von Airbus, das weltgrößte Passagierflugzeug, ist nur dank vieler textiler Bauteile so leicht, wie er ist: Sein relativ geringes Leergewicht von 275 Tonnen erreicht der Riese, weil beispielsweise in Rumpf und Flügeln an zahlreichen Stellen sogenannte Verbundwerkstoffe aus Textil verarbeitet wurden – viele von deutschen Herstellern. Dadurch kann das Gewicht um bis zu 30 Prozent reduziert werden und das spart den Fluggesellschaften viel Kerosin und damit Geld.

Der A380 und die Luftfahrtindustrie sind kein Einzelfall: Die deutsche Textil- und Modeindustrie spielt mittlerweile in vielen Wirtschaftszweigen eine große Rolle, weil sie mit ihren Materialien innovative Lösungen ermöglicht.

So produziert die Branche beispielsweise Stents, das sind medizinische Implantate zum Offenhalten von Gefäßen; sie liefert Filter für die Luftreinigung in Kraft-



werken oder Verbandsmaterialien mit eingebauter antibakterieller Wirkung für Krankenhäuser.

Auch in Motoren oder in der Bauindustrie finden Produkte der Textilindustrie Anwendung. Denn häufig sind die Materialien einerseits leicht und gut formbar, andererseits langlebig und witterungsbeständig. Da ist es kein Wunder, dass beispielsweise viele Windkraftanlagen mit textilen Bestandteilen gebaut werden. Generell gilt die Branche als Zulieferindustrie (Grafik):

### Die Zulieferungen der hiesigen Textil- und Bekleidungsindustrie an die deutsche Wirtschaft summierten sich im Jahr 2017 auf mehr als 10 Milliarden Euro.

Rund 1.400 Betriebe – vor allem Mittelständler – beschäftigen insgesamt 135.000 Mitarbeiter und

erwirtschafteten 2017 laut Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie einen Umsatz von 35 Milliarden Euro. Die Schwerpunkte der Industrie liegen im Süden der Republik sowie in Nordrhein-Westfalen (Grafik Seite 11).

Die Branche behauptet sich im internationalen Wettbewerb dank vielfältiger Innovationen. Dafür sorgen unter anderem 16 Forschungsinstitute mit insgesamt rund 1.400 Mitarbeitern.

Doch auch in den einzelnen Unternehmen werden immer neue Produkte ersonnen – mittlerweile oft mit einem nachhaltigen Ansatz. So nutzt beispielsweise der baden-württembergische Bergsport-Ausrüster Vaude für einige Teile seiner Kollektion Kaffeesatz, für andere alte Fischernetze.

Im Jahr 2015 lagen die Innovationsausgaben der Branche bei 3,5 Prozent des Umsatzes, in der Gesamtwirtschaft betrug die Quote laut dem Forschungsinstitut Wissenschaftsstatistik nur 3 Prozent.

Ausländische Abnehmer spielen eine immer wichtigere Rolle für die hiesigen Hersteller:

**Im Jahr 2017 erzielten die deutschen Unternehmen 48 Prozent ihres Umsatzes mit Textilien im Ausland, 2010 waren es erst 42 Prozent.**

Apropos Ausland: Im EU-Vergleich spielt Deutschland vorne mit – sowohl in der Textil- als auch in der Bekleidungsindustrie landete es 2016 beim Umsatz auf Platz zwei und musste in beiden Kategorien lediglich Italien den Vortritt lassen.

All diese positiven Kennzahlen dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das volkswirtschaftliche Gewicht der Branche im Vergleich zu anderen Industrien in Deutschland überschaubar ist. In anderen Staaten – vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern – hat die Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie eine wesentlich größere Bedeutung.

So geht aus einer Studie der KfW Bankengruppe hervor, dass beispielsweise in Bangladesch 94 Prozent aller Exporte auf die Textilindustrie entfallen, in Kambodscha sind es 73 Prozent.

Europa ist dagegen immer mehr vom Produzenten zum Einkäufer geworden:

**Die Textil- und Bekleidungsimporte in die EU haben sich von 2014 bis 2017 von rund 800 auf über 950 Milliarden Euro erhöht.**

Hoffnungen, die Digitalisierung würde es der Bundesrepublik ermöglichen, die vor Jahrzehnten verloren gegangenen Textil-Arbeitsplätze zurückzuholen, dürften sich vorerst kaum erfüllen. Denn der

hiesige Arbeitsmarkt brummt, Digitalisierungs-Fachkräfte sind rar und die Start-Investitionen für neuartige Fabriken hoch.

Auch der 3-D-Druck wird sich in der deutschen Textil- und Modeindustrie zumindest vorläufig auf Prototypen und kleine Stückzahlen beschränken. Selbst Adidas, das Schuhe mittlerweile per Drucker in Serie fertigt, nutzt das Verfahren – noch – nur für einen verschwindend kleinen Teil seiner Produktion.

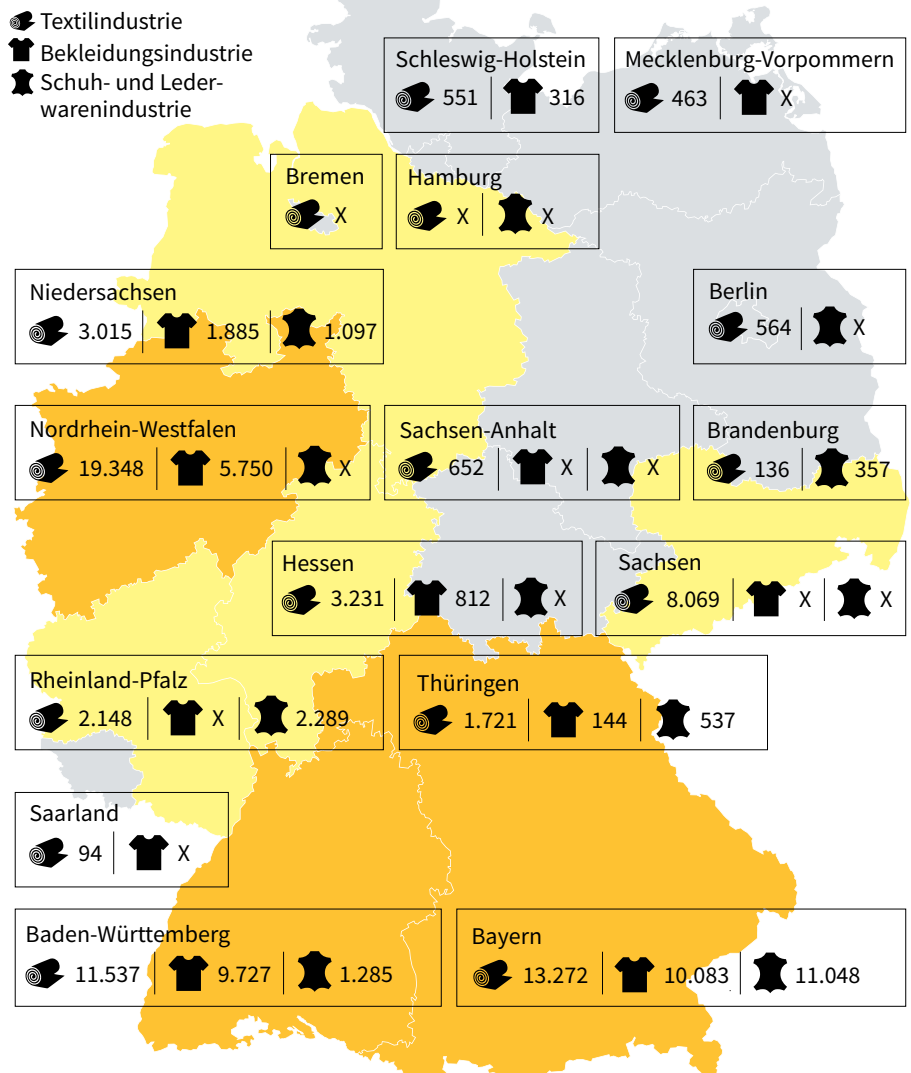
Wichtig bleibt indes das „Near-Shoring“: Schnellebige Trendmode

wird in der Nähe großer Märkte produziert – beispielsweise in Mexiko für die USA oder in der Türkei für die EU. Auch die Anrainerstaaten Chinas dürften profitieren – denn selbst, wenn die Löhne in Asien steigen, ist die Zahlungsbereitschaft für eine schnelle und sichere Lieferung des neuesten Chics in China hoch.

Und ohnehin gilt: Wenn die Leistung stimmt, müssen hohe Lohnkosten kein schwerwiegender Nachteil sein – das beweist die deutsche Textil- und Modeindustrie regelmäßig.

### Beschäftigte in der Textil- und Bekleidungsindustrie

im September 2017



Nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich produzierendes Handwerk; X = Daten liegen vor, werden aus Datenschutzgründen aber nicht veröffentlicht

Quelle: Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie © 2019 IW Medien / iwd

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
 Irina Berenfeld, Carsten Ruge,  
 Berit Schmiedendorf,  
 Kerstin Schraff,  
 Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Anja Hüpper  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-255  
**Fax:** 0221 4981-99255  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de



## Top-Liste: Unvermeidliche Nebenkosten

Für die Müllabfuhr, die Entsorgung der Abwässer und die Grundsteuern muss ein Vierpersonenhaushalt im Durchschnitt der 100 größten deutschen Städte 1.300 Euro im Jahr bezahlen. Mit rund 520 Euro machen die Abwassergebühren den größten Posten aus, an zweiter Stelle folgen die Grundsteuern mit knapp 500 Euro, während sich die Abfallgebühren im Schnitt auf 280 Euro belaufen. Tatsächlich weichen die Gebühren- und Steuersätze in vielen Städten aber weit von den Durchschnittswerten ab. Insbesondere in zahlreichen Kommunen Nordrhein-Westfalens müssen Mieter und Eigentümer oft viel tiefer in die Tasche greifen, was vor allem auf die deutlich höheren Grundsteuern zurückzuführen ist. Neun der zehn Städte mit den höchsten Grundsteuerhebesätzen liegen in diesem Bundesland.

### Zahl der Woche

**79**  
**Prozent**

der europäischen Unternehmen, die mindestens zehn Mitarbeiter beschäftigen und Internetzugang haben, verfügten im Jahr 2017 über eine eigene Website – im Jahr 2010 waren es erst 71 Prozent. Am höchsten war der Anteil zuletzt mit 96 Prozent in Finnland, von den dänischen Unternehmen mit Internetanschluss präsentierten sich 95 Prozent im Netz und von den schwedischen Firmen 92 Prozent. Auf drei von vier Internetseiten europäischer Unternehmen kann man Produktkataloge oder Preislisten einsehen. Jede vierte Firmen-Website ermöglicht Online-Bestellungen, -Buchungen oder -Reservierungen und eine von zehn Homepages bietet Funktionen für das Online-Tracking von Bestellungen.

### Kommunale Wohnnebenkosten: Krasse Unterschiede

In diesen Städten zahlt eine vierköpfige Familie für Abfall, Abwasser und Grundsteuer

■ am wenigsten ■ am meisten

Durchschnittskosten für ein Jahr in Euro

1.	2.	3.	4.	5.
Regensburg (BY)	Ludwigsburg (BW)	Trier (RP)	Mainz (RP)	Heidelberg (BW)
<b>857</b>	<b>920</b>	<b>940</b>	<b>949</b>	<b>952</b>
...				
96.	97.	98.	99.	100.
Witten (NRW)	Mönchengladbach (NRW)	Potsdam (BB)	Moers (NRW)	Leverkusen (NRW)
<b>1.707</b>	<b>1.754</b>	<b>1.763</b>	<b>1.919</b>	<b>1.981</b>

Durchschnittskosten: basierend auf den kommunalen Abfallgebühren im Jahr 2016, den Abwassergebühren im Jahr 2017 und den Grundsteuern im Jahr 2018

Quelle: IW Consult  
 © 2019 IW Medien / iwd



## Neu auf iwd.de: Die Neuentdeckung der Industrie

Das Bundeswirtschaftsministerium hat vor Kurzem die „Nationale Industriestrategie 2030“ veröffentlicht. Das ist einerseits zu begrüßen, weil Deutschlands Wohlstand auf der wirtschaftlichen Stärke der hiesigen Industrie fußt, dies politisch derzeit aber nicht angemessen berücksichtigt wird. Andererseits ist der geplante Ausbau des Wertschöpfungsanteils der Industrie von 23 auf 25 Prozent eher unrealistisch. Mehr über den Kontext, in dem das Konzept zu lesen ist, erfahren Sie auf iwd.de.

